

Verteilungsbericht 2009: Die Entwicklung und Verteilung des Arbeitseinkommens und der Vermögen in der Schweiz

Zu Beginn des Jahres 2008 konnten die Löhne in den Gesamtarbeitsverträgen (GAV) im Durchschnitt um 2.2 Prozent erhöht werden, während die effektiven Löhne im Durchschnitt der gesamten Wirtschaft im Jahr 2008 um zwei Prozent anstiegen (BfS 2009a). Im Baugewerbe und im Dienstleistungssektor waren die Verbesserungen etwas höher als in der Industrie, obwohl die Schweizer Exportindustrie zum Zeitpunkt der Verhandlungen Ende 2007 immer noch auf dem Höhepunkt des Booms war.

Bereits in den Jahren zuvor war es gelungen, die effektiven Löhne der GAV-Unterstellten stärker anzuheben als die Löhne in Bereichen ohne GAV. Das verdeutlicht die gegenüber stehende Grafik.

Von 2004 bis 2008 stiegen die GAV-Löhne durchschnittlich um 8.7 Prozent, während der Lohnindex des BfS nur einen Zuwachs von 6.7 Prozent auswies.

Misst man die Entwicklung der Löhne an der durchschnittlichen Erhöhung des Landesindex der Konsumentenpreise vom gleichen Jahr, ergab sich 2008 aber keine reale Erhöhung der Löhne, wie im letzten Verteilungsbericht noch prognostiziert (Baumann 2008). Wegen der rasant gestiegenen Rohstoffpreise stieg der Landesindex der Konsumentenpreise in der zweiten Hälfte des Jahres an und erreichte eine durchschnittliche Jahresteuerung von 2.4 Prozent, so dass das reale Lohnniveau vorübergehend um 0.4 Prozent abnahm.

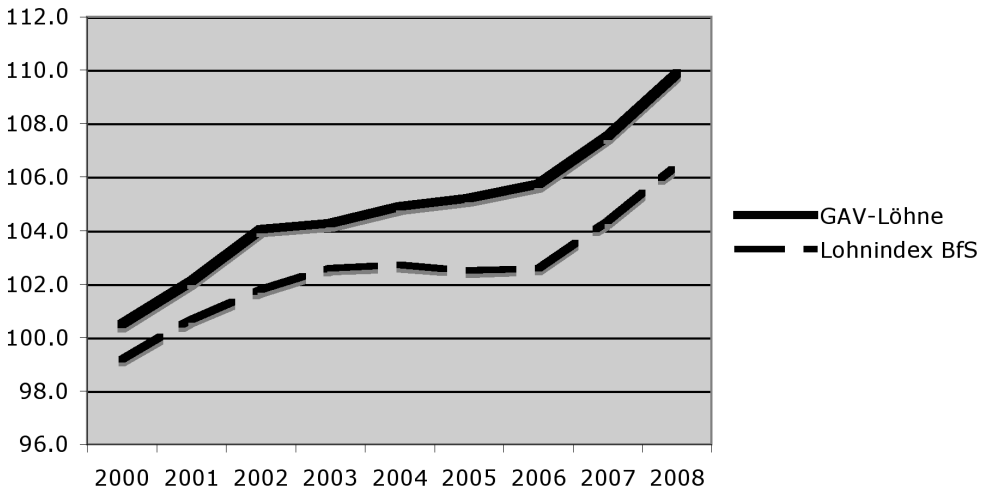
Auch in der folgenden Lohnrunde 2008/2009 gelang es den Gewerkschaften nochmals, deutliche Lohnerhöhungen durchzusetzen. Dies, obschon die Weltwirtschaftskrise auch in der Schweiz zum Zeitpunkt der Verhandlungen

André Mach

ist Lehr- und Forschungsbeauftragter am Institut für politische und internationale Studien der Universität Lausanne. Vorstandsmitglied des Denketzes und Mitglied der SP Lausanne.

Hans Baumann

ist Ökonom und Mitglied der Kerngruppe des Denketzes. Bis 2008 war er in der Gewerkschaft Unia zuständig für Wirtschafts- und Kollektivvertragspolitik und internationale Fragen.



Entwicklung der GAV-Löhne im Vergleich mit der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung (nominell, indexiert, 1998 = 100).

Quelle: BfS 2009a und 2009b.

gen deutlich spürbar war. Vor allem der Finanzsektor und die Exportindustrie wiesen bereits negative Geschäftszahlen auf. Im Durchschnitt der Gesamtarbeitsverträge aller Branchen betrug die Effektivlohnanpassungen 2.6 Prozent gegenüber 2.2 Prozent im Jahr zuvor. Der überwiegende Anteil der Lohnerhöhungen, nämlich im Durchschnitt 1.9 Prozent, wurde generell für alle Arbeitnehmenden ausgehandelt, weniger als ein Drittel wurde für individuelle Lohnerhöhungen vereinbart. Im industriellen Sektor erhöhten sich die GAV-Löhne durchschnittlich um 2.4, im tertiären Sektor um 2.8 Prozent (BfS 2009b). Damit setzte sich die leicht günstigere Entwicklung der letzten fünf Jahre im Dienstleistungssektor auch 2009 fort.

Die Mindestlöhne in den GAV konnten für 2009 durchschnittlich sogar um fast 3.2 Prozent angehoben werden. Den Gewerkschaften ist es gelungen, in verschiedenen GAV die Mindestlöhne massiv anzuheben und das Ziel eines Mindestlohns von 3500 Franken durchzusetzen, ab 2009 zum Beispiel auch in der grafischen Industrie. In mehreren GAV wurde neben einer Lohnerhöhung in Prozent ein Mindestsockel für die tiefen Löhne vereinbart.

Da vor allem die Importpreise für Rohstoffe sanken, ging die Teuerung zu Beginn des Jahres 2009 schnell zurück, so dass für dieses Jahr sogar ein sinkendes Preisniveau zu erwarten ist. Geht man von der Inflationsprognose der Schweizerischen Nationalbank aus und rechnet mit einem Rückgang der Teuerung von 0.5 Prozent, ergäbe sich für 2009 eine deut-

	2004	2005	2006	2007	2008	2004-2008	2009 GAV
Industrie	0.7%	1.2%	1.1%	1.5%	1.8%	6.3%	2.4%
Baugewerbe	0.4%	1.1%	1.1%	1.7%	2.0%	6.3%	2.4%
Dienstleistungen	1.2%	0.9%	1.2%	1.7%	2.1%	7.1%	2.8%
Gesamtwirtschaft	0.9%	1.0%	1.2%	1.6%	2.0%	6.7%	–
GAV-Löhne	1.1%	1.6%	1.8%	2.0%	2.2%	8.7%	2.6%

Nominelle Lohnentwicklung von 2004 bis 2009.

Quellen: Nominallohnentwicklung 2004-2008: Statistische Durchschnittslöhne gemäss Lohnindex BfS. GAV-Löhne: Erhöhung der Effektivlöhne in GAV gemäss BfS.

liche Zunahme der Reallöhne, gemessen an den GAV-Löhnen sogar ein Zuwachs von über drei Prozent. Damit ist auch klar, dass die realen Verluste 2008 durch kurzfristige Preiserhöhungen bedingt waren und dass – über die letzten zwei Jahre gesehen – deutliche reale Verbesserungen erreicht werden konnten. Diese Lohnzunahmen sind auch ein Grund für die trotz Krise relativ gute Konsumentenstimmung, die auch noch im Verlaufe des ersten Halbjahres 2009 anhielt, dem Detailhandel Umsatzzunahmen bescherte und die Binnenwirtschaft stützte.

Während die Lohnverhandlungen 2008/2009 relativ erfolgreich waren, blieben die übrigen Verbesserungen in den GAV bescheiden. Immerhin ist zu erwähnen, dass in mehreren GAV die Anzahl der Ferientage angehoben werden konnte, so etwa im neu abgeschlossenen Chemie-GAV und im GAV für die Maler/Gipsler. In einigen GAV konnte überdies der Vaterschaftsurlaub verbessert werden. Anhaltend blieb der

	2004	2005	2006	2007	2008	2004–2008	Prog. 2009
Nominallöhne Gesamtwirtschaft	0.9%	1.0%	1.2%	1.6%	2.0%	6.7%	2.5%
Reallöhne Gesamtwirtschaft	0.1%	-0.2%	0.1%	0.9%	-0.4%	0.5%	3.0%
Arbeitsproduktivität	0.4%	2.2%	2.1%	1.6%	-0.5%	5.8%	-1.6%
Lohnrückstand (Reallohn – Arbeits- produktivität)	-0.3%	-2.4%	-2.0%	-0.7%	0.1	-5.3%	4.6%

Tabelle II: Entwicklung der Reallöhne und der Arbeitsproduktivität von 2004–2009.

Quellen: Nominallohnentwicklung 2004–2008: Statistische Durchschnittslöhne gemäss Lohnindex BfS. Für 2009: Eigene Schätzung aufgrund der GAV-Lohnabschlüsse 2009. Reallöhne: Indexiert mit der durchschnittlichen Jahreststeuerung des laufenden Jahres, für 2009 Prognose SNB vom Juni 2009. Arbeitsproduktivität: Für 2004 bis 2007 BIP pro Arbeitsstunde gemäss BfS (revidiert), für 2008 und 2009 Schätzung aufgrund KOF-ETHZ bzw. BAK-Basel.

Druck in Richtung Flexibilisierung der Arbeitszeit. In zwei Fällen musste sogar eine Arbeitszeitverlängerung hingenommen werden (SGB 2009).

Reallohnenentwicklung und Verteilungsbilanz im europäischen Vergleich

In den Jahren 2004 bis 2007 lag die Entwicklung der Reallöhne in der Schweiz jeweils weit hinter jener der Arbeitsproduktivität. Das bedeutet, dass die Gewinne bis 2007 ungleich stärker gestiegen sind als die Löhne. Und der Lohnanteil am Volkseinkommen sinkt. Von 2004 bis 2008 ergibt dies einen Lohnrückstand von 5.3 Prozent. Legt man die Berechnung der gesamten Lohnsumme der nationalen Buchhaltung zugrunde, ist allerdings die Lohnquote in der Schweiz seit 2005 wieder leicht angestiegen (Mach 2008). Wir führen das in erster Linie darauf zurück, dass gewisse Lohnbestandteile wie Boni, Gratifikationen und andere Sonderleistungen, die vor allem im Hochlohnsegment vorkommen, von der Lohnentwicklungsstatistik des BfS nicht erfasst werden, ebenso wenig die Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur.

2008 und 2009 hat sich die Situation ohnehin verändert. Besonders im Finanzsektor und in der Exportindustrie sind Umsätze und Gewinne deutlich zurückgegangen. Wie immer in den Anfangsphasen einer Rezession, werden die Arbeitsplätze nicht im gleichen Tempo reduziert. Damit sinkt die Arbeitsproduktivität, während die Reallöhne in der Schweiz 2009 deutlich zugenommen haben. Die Löhne holen also in dieser Phase einen Teil des Rückstands gegenüber Gewinnen und Vermögenseinkommen auf. Das wird sich in der zweiten Phase der Krise ab 2010 ändern. Mit einer gewissen Verzögerung werden Entlassungen und Arbeitslosigkeit zu einer Senkung der Einkommen führen. Dazu wird sich der Druck auf die Löhne erhöhen; die Unternehmen werden versuchen, wo immer möglich Kosten einzusparen und die Produktivität zu erhöhen.

Da die Inflationsraten in ganz Europa 2008 stark zunahmen, passierte in den meisten europäischen Ländern das Gleiche wie in der Schweiz: Die ansehnlichen nominellen Lohnerhöhungen wurden von der Teuerung zunichte gemacht. Über die letzten fünf Jahre gesehen, entwickelten sich jedoch die Reallöhne in der EU durchschnittlich etwas positiver als in der Schweiz. Das trifft vor allem für die alten EU-Länder (EU-15) zu, mit der wichtigen Ausnahme Deutschlands, wo die Arbeitnehmenden auch 2008 wieder reale Einkommenseinbussen erlitten.

Die Verteilungsbilanz in der obigen Tabelle misst den Rückstand der realen Löhne zur Entwicklung der realen Arbeitsproduktivität im je-

	Reallöhne Veränderung in %				Veränderung der Verteilungsbilanz* in %			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Schweiz	-0.2	0.1	0.9	-0.4	-2.4%	-2.0%	-0.7%	0.1
Österreich	0.4	0.8	0.4	0.2	-0.8	-0.9	-1.0	-1.1
Deutschland	-1.4	-0.2	-1.1	-0.8	-2.7	-2.9	-2.1	-1.6
Frankreich	1.3	1.2	1.3	0.0	-0.1	0.0	0.7	-0.9
Italien	1.0	0.3	-0.1	0.8	0.6	0.2	-0.6	0.7
EU-15	0.5	0.7	0.6	0.4	-0.6	-0.9	-0.5	-0.6
EU-27	0.4	0.4	0.5	0.2	-0.8	-1.3	-0.8	-1.0

Entwicklung der Reallöhne und der Verteilungsbilanz in Europa.

* Verteilungsbilanz = Reallöhne – reale Arbeitsproduktivität.

Quelle: Thorsten Schulten 2008, eigene Berechnungen für die Schweiz.

weiligen Land. Schöpfen die Arbeitnehmenden den Verteilungsspielraum aus, bleibt die Verteilung zwischen Kapital (Gewinnen) und Arbeit (Löhne) beziehungsweise deren Anteil am Volkseinkommen gleich.

Nachdem in den letzten Jahren die meisten Länder Europas eine positivere Verteilungsbilanz aufwiesen als die Schweiz, ist dies 2008 nicht mehr der Fall. Die der Berechnung zugrunde liegende Produktivitätsentwicklung in den EU-Ländern basiert allerdings noch auf Prognosen, die vermutlich zu positiv waren, während wir für die Schweiz schon aktuelleres Zahlenmaterial verwenden konnten.

Die Verteilung der Löhne und Einkommen

Im letzten Jahrbuch haben wir aufgezeigt, dass bis 2007 auch die Verteilung unter den Lohn- und Gehaltsempfängern ungleicher geworden ist. Insbesondere die oberen und obersten Lohnkategorien konnten ihre Einkommen stärker verbessern als die unteren und mittleren. Illustriert wurde dies unter anderem anhand der Analyse der grossen, börsenkotierten Unternehmen, deren Lohnspreizung zwischen den Topsalären und den Tiefelöhnen von 2004 bis 2007 kräftig zugenommen hat (Gewerkschaft Unia 2008).

2008 wurden die Höhenflüge der Managergehälter in vielen Firmen gestoppt: Krise, Umsatz- und Gewinnrückgänge sowie die heftige Kritik an den ›Abzockerlöhnen‹ hinterliessen ihre Spuren. Wie die jüngste Untersuchung von Travail Suisse zeigt, gab es dennoch zahlreiche Firmen, in denen die Lohnschere auch 2008 nochmals zunahm (Travail Suisse 2009): Von den 27 untersuchten Grossunternehmen wurde in immerhin elf Unternehmen auch 2008 der Abstand zwischen dem durchschnittlichen Gehalt eines Spitzenmanagers und dem Tiefstlohn grösser.

Darunter zum Beispiel in der ABB, die den Lohn ihres CEO gleich verdoppelte. In 16 Unternehmen ging die Lohnspreizung zwischen Managerlöhnen und Tieflöhnen zurück.

Nur in den Staatsunternehmen RUAG und Die Post sowie bei den Detailhandelsriesen Migros und Coop lag das Verhältnis der Höchst- zu den Tiefstlöhnen unter 1:15, also etwa in der Nähe der von den JUSO kürzlich lancierten 1:12-Initiative.¹ In den anderen Unternehmen beläuft sich der durchschnittliche Spitzenmanagerlohn immer noch auf das 20- bis 195-Fache des Mindestlohnes. Spitzenreiterin ist mit der CS weiterhin eine Grossbank – und das trotz der Finanzkrise.

Im letzten Jahrbuch sind im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Lohnspreizung bereits die Studie der OECD und die Auswertung der Lohnstrukturhebung von Flückiger/Graf besprochen worden (Zürcher 2007, OCSTAD 2007). Beide kamen zum Schluss, dass zwischen Mitte der 1990er-Jahre und 2005/2006 die Ungleichheit zwischen den oberen und obersten Löhnen und den tiefen und mittleren Löhnen zugenommen hat. Die obersten zwei Zehntel der LohnempfängerInnen konnten also ihre Gehälter bedeutend mehr erhöhen als die anderen Arbeitnehmenden. Nur das unterste Zehntel der LohnempfängerInnen schnitt ebenfalls überdurchschnittlich gut ab. Dies vor allem als Resultat der Mindestlohnkampagne der Gewerkschaften. Inzwischen ist keine neue Erhebung gemacht worden. Die neuen Daten der Lohnstrukturhebung 2008 sind noch nicht verfügbar und ausgewertet.

Bei der Entwicklung der Haushaltseinkommen, die neben den Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit auch Vermögenseinkommen, Renteneinkommen usw. enthalten, liegen inzwischen die Resultate für 2006 vor. Im letzten Verteilungsbericht hatten wir vermutet, dass sich die leicht ungleichere Verteilung der Haushaltseinkommen, die zwischen 1999 und 2005 festzustellen ist, in den letzten Jahren verschärft hat. Die Resultate für 2006 bestätigen diese These: Vergleicht man die Entwicklung von 2004 bis 2006, so ergeben sich Verschiebungen, die angesichts des kurzen Zeitraums sehr deutlich sind. Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse für das Brutto-Äquivalenzeinkommen. Daraus ist ersichtlich, dass die Einkommensanteile des untersten Zehntels leicht abgenommen, insbesondere aber der Anteil des obersten Zehntels deutlich zugenommen hat, nämlich von 19.6 auf 20 Prozent. Ein ähnliches Resultat ergibt der Vergleich des unteren Viertels der Einkommensbezüger mit dem obersten Viertel. Auch hier hat das oberste Viertel nochmals deutlich zugelegt. Für 2007 liegen erst Ergebnisse der Verteilung des verfügbaren Einkommens vor. Diese zeigen, dass sich das Verhältnis 2007 nochmals deutlich zugunsten des obersten Quantils ver-

Quantil	Quantilanteile	
	2004	2006
1. Dezil	4.3%	4.2%
10. Dezil	19.6%	20.0%
Verhältnis 10. Dezil/1. Dezil	4.6%	4.8%
1. Quartil	13.1%	13.0%
4. Quartil	40.6%	41.1%
Verhältnis 4. Quartil/1. Quartil	3.1%	3.2%

Verteilung des Brutto-Äquivalenz-einkommens von 2004 bis 2006.2

Quelle: BfS, Verteilung der Äquivalenzeinkommen 2004 und 2006

schofen hat (BfS 2009c). Das deutet darauf hin, dass die Umverteilung auch 2007 und 2008 angehalten hat.

Die Tabelle stellt nur das Bruttoeinkommen dar. Der Vergleich des verfügbaren Einkommens der beiden Jahre, also des Einkommens nach Abzug von Steuern, Krankenkassenbeiträgen etc., zeigt aber ein ganz ähnliches Bild.

Die Entwicklung der Vermögen und der Vermögensverteilung

Da es über die jüngste Entwicklung noch keine Statistiken gibt, ist es schwierig, den Einfluss der Finanzkrise auf die Verteilung von Reichtum und Einkommen abzuschätzen. Gemäss dem letzten World Wealth Report von Capgemini und Merrill Lynch, der im Juni 2009 erschienen ist und jeweils die Vermögensentwicklung bei Personen, die über eine Million Dollar besitzen, beschreibt (ohne Berücksichtigung der Immobilien), wurden die Reichsten dieser Welt jedenfalls von der Finanzkrise getroffen. Ihr Vermögen ist innert Jahresfrist um 19.5 Prozent auf 32'800 Milliarden Dollar gesunken, und die Anzahl der Dollarmillionäre hat um 14.5 Prozent auf 8.6 Millionen Personen abgenommen (Capgemini 2009). Selbst wenn diese Zahlen ziemlich eindrucksvoll erscheinen: Es muss doch darauf hingewiesen werden, dass das Vermögen der Reichsten dieser Welt damit nur ungefähr auf das Niveau von vor zwei Jahren zurückgefallen ist.

Weltweit sind die grössten Vermögen dieser kleinen Minderheit von Reichen in den letzten 15 Jahren immer weiter gewachsen. Seit 1997 publizieren jetzt Cap Gemini und die Bank Merrill Lynch, die sich mit der Verwaltung der grössten Vermögen in der Welt beschäftigen, diese Statistik über die Reichsten dieser Welt, die sie High Net Worth Individuals (HNWI) nennen. Die folgende Tabelle beleuchtet den starken Anstieg des Vermögens und auch der Anzahl dieser HNWI. Ihr Vermögen

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
16.6	19.1	21.6	25.5	27.0	26.2	26.7	28.5	30.7	33.3	37.2	40.7	32.8
4.5	5.2	5.9	7.0	7.2	7.1	7.3	7.7	8.2	8.7	9.5	10.1	8.6

Entwicklung der Vermögen (obere Spalte, in Billionen Dollar) und der Anzahl der Vermögenden (in Millionen) mit mehr als einer Million Dollar zwischen 1996 und 2008.

Quelle: World Wealth Report.

ist von 1996 bis 2007 um fast zehn Prozent pro Jahr angestiegen und bis auf 40 Milliarden Dollar angewachsen, bevor 2008 ein Rückgang verzeichnet wurde.

Was die Schweiz angeht, werden die Statistiken über die Entwicklung der Vermögen natürlicher Personen seit 2005 jährlich publiziert, aber leider mit einer dreijährigen Verspätung. Die letzte Veröffentlichung der Steuerverwaltung (ESTV 2008) widerspiegelt deshalb die Entwicklung im Jahr 2005.

Seit Beginn der 1990-Jahre, die durch eine Rezession gekennzeichnet waren, ist die Arbeitslosigkeit deutlich angewachsen, die Anzahl der Working poor hat zugenommen und das Wirtschaftswachstum ist während der ganzen Dekade gering geblieben. Im Gegensatz dazu hat sich das Vermögen der natürlichen Personen in der gleichen Periode rasant nach oben entwickelt. In weniger als 15 Jahren, zwischen 1991, dem Jahr der ersten Statistik, und 2005 hat sich das Vermögen der natürlichen Personen mehr als verdoppelt, nämlich von 530 Milliarden im Jahr 1991 auf fast 1164 Milliarden im Jahr 2005. Selbst wenn die Inflation von ungefähr einem Prozent pro Jahr berücksichtigt wird, ist die Steigerung immer noch beträchtlich.

Wie in der folgenden Tabelle ersichtlich, hat sich das Vermögen natür-

	Total Vermögen natürlicher Personen	BIP	Verhältnis Vermögen/BIP in Prozent
1991	530'110.8	343'264.9	154.4
1997	749'964.4	383'990.8	195.3
2003	995'602.4	437'731.1	227.4
2004	1'078'602.9	451'378.8	239.0
2005	1'164'567.4	463'139.0	251.5

Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Vermögen natürlicher Personen und dem BIP von 1991 bis 2005 (in Millionen Franken).

Quellen: Eidgenössische Steuerverwaltung. Gesamtschweizerische Vermögensstatistik der natürlichen Personen (1991, 1997, 2003, 2004, 2005).

licher Personen viel schneller entwickelt als das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Entsprechend das Vermögen 1991 ungefähr dem 1.5-fachen Wert des BIP, ist dieses Verhältnis bis 2005 auf mehr als das 2.5-Fache angewachsen. Es ist also eine deutliche Entkoppelung der Vermögensentwicklung vom BIP, also dem Wirtschaftswachstum, festzustellen.

Im Lauf der letzten 15 Jahre sind also die Vermögen trotz eines nicht sehr vorteilhaften ökonomischen Umfelds stark angewachsen. Gleichzeitig haben sie sich stark auf die oberen Schichten der vermögenden Klasse konzentriert, wie die folgende Tabelle illustriert. 2005 verfügten 4.15 Prozent der Steuerpflichtigen (mit einem Vermögen von über einer Million Franken) über 57 Prozent des gesamten Nettovermögens in der Schweiz. 0.44 Prozent der Reichsten besaßen 30 Prozent und 0.17 Prozent mehr als 22 Prozent (die Pflichtigen mit mehr als zehn Millionen Vermögen). 1991 besaßen die 0.29 Prozent der Reichsten erst 19 Prozent des Gesamtvermögens und die Millionäre kamen erst auf 42 Prozent des Gesamtvermögens. Am anderen Ende der Leiter verfügten 1991 jene mit einem Vermögen von unter 100'000 Franken (die ersten drei Zeilen in der Tabelle, also 74 Prozent der Pflichtigen) noch über 10 Prozent des gesamten Vermögens, während diese Kategorie der Pflichtigen, ungefähr 67 Prozent, 2005 nur noch über 5.5 Prozent des Gesamtvermögens verfügte.

Die weltweite Zunahme der Vermögen ist also vor allem auf eine Zunahme bei den ohnehin schon Reichsten zurückzuführen: Je mehr Vermögen man hat, desto eher kann man es vermehren, selbst in einem Umfeld mit schwachem Wirtschaftswachstum.³

Fazit: Die Lohnsicherung ist wichtiger denn je

Die Lohnerhöhungen von 2008 wurden durch die Inflation zunichte gemacht. Für 2009 konnten jedoch nochmals gute Lohnabschlüsse erreicht werden. Da die Teuerung zurückging und das Preisniveau 2009 im Jahresvergleich sogar sank, resultierten in diesem Jahr in allen Branchen ansehnliche reale Verbesserungen. Die Verteilungsbilanz sah in der Schweiz bis 2008 ähnlich negativ aus wie in den Ländern der EU: Die Löhne hinkten hinter der Entwicklung der Arbeitsproduktivität hinterher. Bereits 2008 ist jedoch die Arbeitsproduktivität gesunken. Als Resultat der weltweiten Krise gingen auch die Umsätze und Gewinne in vielen Unternehmen zurück. Die Arbeitnehmereinkommen blieben aber vorläufig noch stabil oder nahmen zu. Deshalb wird sich die Verteilung in einer ersten Phase der Krise etwas von den Gewinnen zu den Löhnen verschieben, und die Lohnquote wird steigen. In der Folge werden die Unternehmen versuchen, ihren Anteil am Sozialprodukt mit

Stufen des Reinvermögens in 1000 Franken	Zahl der Pflichtigen (absolut und in %)		Nettovermögen (in Millionen Fr. und %)	
	1991	2005	1991	2005
0	1'227'934 (32.66%)	1'205'036 (26.16%)	0 (0%)	0 (0%)
1-49	1'127'470 (29.98)	1'392'413 (30.22)	22'028.6 (4.16)	24'400.2 (2.10)
50-99	425'130 (11.31)	483'273 (10.49)	30'568.8 (5.77)	35'121.7 (3.02)
100-199	413'756 (11.00)	494'719 (10.74)	58'717.3 (11.08)	71'349.1 (6.13)
200-499	374'514 (9.96)	572'025 (12.42)	115'447.2 (21.78)	183'397.4 (15.75)
500-999	118'524 (3.15)	268'394 (5.83)	80'623.0 (15.21)	186'287.3 (16.00)
1000-...	72'822 (1.94)	191'261 (4.15)	222'725.9 (42.00)	664'011.8 (57.02)
5000-...	7'393 (0.29)	20'144 (0.44)	101'899.7 (19.22)	345'324.6 (29.65)
10'000-...		7642 (0.17)		259'882.9 (22.32)
Total	3'760'150 (100)	4'607'122 (100)	530'110.8 (100)	1'164'567.4 (100)

Statistik der Vermögen natürlicher Personen in der Schweiz von 1991 bis 2005.

Quellen: Eidgenössische Steuerverwaltung. Gesamtschweizerische Vermögensstatistik der natürlichen Personen (1991 et 2005).

Rationalisierungsinvestitionen sowie mit Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen wieder zu erhöhen.

Bezüglich der Verteilung der Löhne und Einkommen ging die Umverteilung zugunsten der obersten Gehaltsklassen und der reichen Haushalte vorläufig weiter. Zwar liegen repräsentative statistische Werte dazu erst bis 2006 vor. Die Entwicklung der Managerlöhne und andere Indikatoren lassen aber vermuten, dass diese Ungleichheiten bis 2008 eher noch zugenommen haben.

Angesichts der Krise und der Gefahr von Massenarbeitslosigkeit und massiven Einkommensverlusten steht für die Gewerkschaften jetzt die Verteidigung der Arbeitsplätze und der Realeinkommen im Vordergrund. Gerade angesichts der momentan sinkenden Preise werden die Arbeitgeber versuchen, Druck auf die Löhne auszuüben. Zudem stehen bereits Vorschläge zu einer weiteren Verschlechterung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung im Raum. Wie immer in Krisensituationen, wird sich der Verteilungskampf verschärfen, und es stellt sich die Frage,

wie und von wem die Milliarden für die staatlichen Sanierungs- und Konjunkturprogramme zu bezahlen sind. Hier müssen neue Finanzierungsquellen erschlossen werden, die der Tatsache Rechnung tragen, dass in den letzten Jahren einseitig riesige Vermögen angehäuft wurden. Ein wichtiger Vorschlag aus Kreisen der SP Schweiz ist dabei die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer.

Angesichts der zu erwartenden, verschärften Verteilungskämpfe müssen aber auch alle Bemühungen für eine Lohnabsicherung gegen unten unterstützt werden. In den Kantonen Genf, Waadt, Wallis und Tessin sind Initiativen für die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne lanciert worden oder schon zustande gekommen. Die Gewerkschaft Unia will im November entscheiden, ob eine eidgenössische Initiative für einen Mindestlohn von 3700 Franken lanciert werden soll. Dieser soll überall dort zur Anwendung kommen, wo es keinen gesamtarbeitsvertraglichen Mindestlohn gibt.

Anmerkungen

- 1 Die von den JUSO lancierte Initiative will die Unternehmen verpflichten, einen Mindestlohn zu bezahlen, der nicht geringer ist als ein Zwölftel des Spitzenlohnes.
- 2 Unter dem Äquivalenzeinkommen versteht man einen standardisierten, aus dem Haushaltseinkommen abgeleiteten und mit der Anzahl Personen in einem Haushalt gewichteten Wohlfahrtsindikator.
- 3 Die Zahlen der Eidgenössischen Vermögensverwaltung unterschätzen sogar noch die Realität. Einerseits sind gewisse Elemente des Vermögens nicht berücksichtigt und die Immobilien werden gemäss den kantonalen Steuereinschätzungen bewertet, so dass diese in der Realität meist einen höheren Wert aufweisen. Andererseits basieren die Zahlen auf der Steuererklärung und bekanntlich ist es gerade bei den grossen Vermögen eher möglich, Vermögensteile niedriger zu bewerten, um die Steuerbelastung zu minimieren. Schliesslich führt das System der ausländischen ›Pauschalzahler‹ unter den Steuerpflichtigen auch dazu, dass grosse Vermögensteile in der Statistik gar nicht auftauchen.

Literatur

- Baumann, Hans (2008): Verteilungsbericht 2008 – Die Entwicklung und Verteilung des Arbeitseinkommens in der Schweiz. In: Denknetz-Jahrbuch 2008, edition 8, Zürich.
- Bundesamt für Statistik BfS (2007): Finanzielle Situation der privaten Haushalte. Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik BfS (2009a): Schweizerischer Lohnindex 2008. Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik BfS (2009b): Gesamtarbeitsvertragliche Lohnabschlüsse 2009. Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik BfS (2009c): Haushaltsbudgeterhebung 2007 – 2007 haben die Privathaushalte von der guten Wirtschaftslage profitiert. Medienmitteilung. Bern.
- Cappgemini, Merril Lynch (2009): World Wealth Report.
- Deutscher Gewerkschaftsbund DGB (2008): Verteilungsbericht 2008. Berlin.
- Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV (verschiedene Jahre): Gesamtschweizerische Vermögensstatistik der natürlichen Personen. Bern.
- Gewerkschaft Unia (2008): Managerlöhne bleiben trotz Finanzkrise hoch. Unia-Lohnstudie 2008. Bern.
- Mach, André (2008): Evolution de la répartition de la fortune et des rémunérations des salaires. Denknetz-Jahrbuch 2008, edition 8, Zürich.
- Office cantonal de la statistique Genève OCSTAD (2007): Les salaires en Suisse et dans les cantons, de 1994 à 2004. Communications statistiques. Genève.
- Schulten, Thorsten (2008): Europäischer Tarifbericht WSI 2007/2008. In: WSI-Mitteilungen 9-2008, Düsseldorf.
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB (2009): Vertrags- und Lohnverhandlungen 2008/2009. Eine Übersicht aus dem Bereich der SGB-Gewerkschaften. Bern.
- Travail Suisse (2009): Managerlohnstudie 2008 – Das Lohnkartell trotz der Krise. Bern.
- Zürcher, Boris (2007): Wachstum, Verteilung und Einkommensmobilität. In: Die Volkswirtschaft 12-2007, Bern.